

Daniel Miltgen zieht Kandidatur zurück

Wie „RTL“ gestern berichtete, hat Daniel Miltgen, ehemaliger Präsident des „Fonds du logement“, seine Kandidatur für den Posten des Ombudsmann wieder zurückgezogen. Er habe Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo dies schriftlich mitgeteilt.

Gründe für seine Entscheidung nannte Miltgen nicht. Miltgen war im März 2015 von der Regierung an der Spitze des „Fonds du logement“ und des „Fonds d'assainissement de la Cité Syrdall“ abgesetzt worden. Ihm wurden Versäumnisse bei der Führung beider Fonds vorgeworfen. Die aktuelle Bürgerbeauftragte Lydie Err wird sich am 23. April in den Ruhestand verabschieden. Sie hatte im Februar 2012 die Nachfolge von Marc Fischbach angetreten. Der oder die Nachfolgerin wird zwischen dem 14. und 23. März im Kammerplenum im Rahmen einer geheimen Abstimmung bestimmt. Der Ombudsmann wird mit einer einfachen Mehrheit der anwesenden Abgeordneten gewählt. Sein Mandat dauert acht Jahre, es sei denn, er erreicht vorher die Altersgrenze von 68 Jahren. Nach dem Rückzug von Miltgen bleiben noch fünf Bewerber für den vakanten Posten übrig. Als aussichtsreichste Kandidatin gilt derzeit die Rechtsanwältin und DP-Mitglied Claudia Monti, in deren Kanzlei früher auch der aktuelle Premierminister Xavier Bettel tätig war. 2014 kandidierte sie bei den Europawahlen für die Liberalen. Neben Claudia Monti haben sich außerdem Christiane Weidenhaupt, Catherine Thomé, Jan Kayser sowie Luc Aniset beworben. DS/stb

Kein Verständnis für AMMD-Position

Krankenhausföderation kann Aufregung der Ärzte wegen Spitalgesetz nicht nachvollziehen

VON MICHÈLE GANTENBEIN

Die „Fédération des hôpitaux luxembourgeois“ hegt eine gewisse Sympathie für das neue Spitalgesetz, nicht zuletzt, weil die Rolle der Krankenhausrundschau gestärkt wird. Für die Aufregung der Ärzte haben die Krankenhausvertreter wenig Verständnis.

Die Krankenhausföderation ist generell zufrieden mit der Ausrichtung des geplanten Spitalgesetzes. Sie sieht darin die Möglichkeit, die drei Säulen – Patient, Krankenhaus und Arzt – besser zu vernetzen und die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern. „Der Patient braucht Sicherheit und das Vertrauen, dass er gut versorgt ist. Das ist unser oberstes Ziel“, sagte der FHL-Vorsitzende Paul Junck gestern anlässlich einer Pressekonferenz.

Ungleichgewicht wiederherstellen

Die FHL möchte das „Ungleichgewicht“ zwischen den drei Säulen wiederherstellen. „Patienten und Ärzte haben immer mehr Rechte erhalten, die Spitaldirektionen immer mehr Pflichten, ohne jedoch darüber entscheiden zu können, was in den Spitälern passiert“, skizzierte Paul Junck die Lage. Angesichts neuer Herausforderungen – gut informierte Patienten mit mehr Rechten als früher – und immer komplexerer organisatorischer Abläufe – zunehmend ältere Patienten mit komplexen Pathologien – möchte die FHL das Gleichgewicht wiederherstellen und für eine bessere Vernetzung zwischen Patient, Krankenhaus und Arzt sorgen.

Nach Ansicht der FHL ebnet das neue Gesetz den Weg für die gewünschten Verbesserungen. So begrüßt die Krankenhausföderati-



Die „Fédération des hôpitaux luxembourgeois“ sieht im neuen Spitalgesetz die Möglichkeit, eine bessere Vernetzung zwischen dem Patienten, dem Krankenhaus und dem Arzt herzustellen. (FOTO: GUY JALLAY)

on die im Gesetz vorgesehene Stärkung der Rolle der Krankenhausrundschau. „Wir erhalten mehr Handhabe“, so Junck.

Ärzte behalten ihre Rechte

Die Krankenhausvertreter liegen mit ihrer Position nicht auf einer Linie mit der Ärztesvereinigung AMMD. Diese fürchtet nämlich um die therapeutische Freiheit der Ärzte und wehrt sich vehement gegen das neue Gesetz. Die Aufregung der Ärzte kann die FHL nicht verstehen. „Die Ärzte behalten ihre Rechte. Sie haben bereits heute eine starke Position in den Krankenhäusern. Die will ihnen niemand wegnehmen“, sagte Marc Graas, FHL-Vizepräsident und Generaldirektor des „Centre hospitalier neuro-psychiatrique“ (CHNP) in Ettelbrück.

Die therapeutische Freiheit müsse unbedingt gewahrt bleiben. „Therapeutische Freiheit“ dürfe aber nicht mit „organisatorischer Freiheit“ verwechselt werden, sagte Paul Junck, der damit auf den Widerstand mancher Ärzte anspielte, „die sich dagegen wehren, die Krankenhausleitung im Vorfeld über ihre Urlaubsplanung ins Bild zu setzen. Das hat mit therapeutischer Freiheit nichts mehr zu tun“, so Paul Junck.

Mit der Organisation der Spitäler hatten die Ärzte bisher nichts zu tun. Das soll sich ändern. Die FHL möchte die Ärzte enger in die Organisation und die Prozesse der Spitäler einbinden. 80 Prozent der Fehler in den Krankenhäusern seien der Organisation geschuldet, sagte Marc Graas. „Die Ärzte müssen sich als aktiver Partner an der

Organisation beteiligen, sonst können wir den Patienten keine Sicherheit garantieren.“

Leistung muss belohnt werden

Die FHL fordert auch Anpassungen bei der Nomenklatur, auch weil sie sonst eine Abwanderung der Ärzte aus den Krankenhäusern befürchtet. So sollten bestimmte Leistungen (u. a. Bereitschaftsdienst, Notdienst, die Teilnahme an medizinischen Gremien) künftig finanziell entschädigt werden.

Für die geplanten Kompetenzzentren kann die Krankenhausföderation sich nicht erwärmen. Sie sehen darin keinen Mehrwert. Außerdem sei die Schaffung solcher Zentren angesichts der aktuellen Organisationsstruktur der Krankenhäuser „völlig illusorisch“.

Wenn eine(r) eine Reise tut ...

Wirbel um Dienstreise zum NATO-Parlament in die Vereinigten Staaten

„Die Eskapaden der Nancy Camperi, teurer Abstecher nach Washington“ titelte am Freitag „De Feierkrop“. In dem Artikel, der u. a. in den sozialen Medien für Wirbel gesorgt hat, wurde die Behauptung aufgestellt, die CSV-Abgeordnete Nancy Arendt habe Ende vergangenen Jahres eine überdurchschnittlich hohe Spesenabrechnung im Parlament eingereicht. Die Rückerstattung eines Flugtickets nach Washington sei viermal teurer gewesen als ein normales Business-Class-Ticket auf dieser Strecke, berichtete die satirische Wochenzeitung. Demnach habe sich der Gesamtbetrag auf rund 8 000 Euro belaufen.

Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo hatte die oben erwähnte Summe am Sonntag in einem Interview mit Radio „100,7“ als „abenteuerlich“ bezeichnet. Er bestätigte jedoch, dass das Parlament kürzlich ein Flugticket bezahlt habe, das deutlich teurer als üblich gewesen sei. Den Gesamtbetrag sowie den Namen des/der betroffenen Abgeordneten verriet er nicht. Di Bartolomeo habe das Interview unterbrochen und den

Journalisten aufgefordert, nicht darauf zu beharren, heißt es auf der Internetseite des Senders.

„Verleumdung“ und „Rufmord“

Nancy Arendt zeigt sich im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ erobert über die gegen ihre Person erhobenen Vorwürfe. Sie spricht von „Verleumdung“ und „Rufmord“. Das Gerücht sei ihrer Meinung nach nicht von der CSV gestreut worden. Den Schuldigen ausfindig zu machen, dürfe schwierig werden, da sich die Presse auf den Informantenschutz berufen könne.

Die unseriöse Quelle des „Feierkrop“ habe darauf abgezielt, sie zu diskreditieren. Es sei schon frustrierend festzustellen, wie Politiker oft fälschlicherweise dargestellt würden. Angesichts dieser Vorkommnisse sei es nicht verwunderlich, dass es zunehmend schwieriger werde, Frauen zu finden, die bereit seien, sich in der Politik zu engagieren, fügt die enttäuschte Politikerin hinzu.

„Ich werde es nicht dabei belassen und mich dagegen wehren“, gibt sich die langjährige Ab-

geordnete kämpferisch. Auf welche Art und Weise dies geschehen soll, vermochte sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu sagen. „Bei meinen jeweiligen Dienstreisen habe ich noch nie ein Ticket über eine Reiseagentur gebucht“, ver-



Nancy Arendt (FOTO: GERRY HUBERTY)

sichert Arendt. Sämtliche Buchungen seien über die zuständigen Abteilungen der Chamber abgewickelt worden.

Bei dem besagten Flug, der im „Feierkrop“ erwähnt wird, habe es sich um eine Dienstreise nach Washington gehandelt, die sie im Dezember 2016 im Rahmen des NATO-Parlaments gemacht habe, bestätigt die CSV-Abgeordnete. Sie habe damals ihren Rückflug kurzfristig umgebucht, um in der Chamber an der Abstimmung über zahlreiche Gesetzentwürfe anwesend zu sein.

„Knallhart“ und „arbeitsintensiv“

Wie viel das Flugticket im Endeffekt gekostet hat, wisse sie nicht, betont Nancy Arendt. Der ursprüngliche Preis habe 5 000 Euro betragen. Ohne Erfolg habe man sich damals bei anderen Fluggesellschaften über einen günstigeren Tarif erkundigt. Sie selbst könne man nicht dafür verantwortlich machen, dass Flüge nach Washington zum Jahresende so teuer seien. Eigenen Aussagen zufolge ist Arendt im vergangenen Jahr im Rahmen ihrer NATO-Mission

viermal verreist. Dabei habe es sich stets um „knallharte“ und „sehr arbeitsintensive“ Aufenthalte gehandelt. Dass diese Dienstreisen jetzt so dargestellt würden, als ob es sich um einen Urlaub gehandelt habe, findet Nancy Arendt nicht fair.

Zudem fordert sie das Kammerbüro zum Umdenken auf. Abgeordnete, die für das Parlament im Ausland auf Mission seien, könnten oft nicht hierzulande an den öffentlichen Sitzungen teilnehmen. Dennoch würden sie in den Statistiken der Chamber in der Rubrik „nicht anwesend“ auftauchen.

Die Chamber hat inzwischen erste Konsequenzen gezogen. Dienstflüge von Abgeordneten müssen künftig über die parlamentsinterne Abteilung gebucht werden, bestätigt Claude Frieseisen, der Generalsekretär des Parlaments. Bisher konnten die Volksvertreter ihre Tickets eigenhändig bei ihrem Reisebüro bestellen. Nur sehr wenige von ihnen hätten allerdings von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so Frieseisen. ml/mas